

BRD produziert täglich Reichsbürger in Kette!

17. Juli 2018

Behördengesindel und Scheinbeamte gegen eigene Landsleute

Prolog: „Reichsbürger“ sind in der Dualität gefangen. Nicht nur durch die willkürliche Erstellung der juristischen PERSON mit der Geburtsurkunde, ohne „Auslieferung“ der Gebrauchs- und Bedienungsanleitung, was dauerhaft der Produkthaftung unterliegt. Ein Reichsbürger bezieht sich und ist ein Produkt der **verbotenen Reichsbürgerverordnung von 1934**. Er wird also völlig unschuldig als Reichsbürger geboren und oft genug mit Nazis in einen Topf geworfen, welche die Geburt eines Reichsbürgers aber erst ermöglicht haben. Reichsbürger können sich nicht selbst ernennen. Das macht diese Bunte Republik für sie und wird sie dann nicht mehr los!

Diese „Bundesrepublik Deutschland“ bezeichnet diese oktroyierte juristische PERSON als ihr Eigentum, um damit verbotene InSich-Geschäfte (§181 BGB) zu betreiben, was der Turbolader für die Konkursabwicklung darstellt. **Eigentum** schon deshalb nicht möglich, da geltende **BK/O 47-50** u.a. Willkürlich erzeugte Reichsbürger, werden von Reichsbürgern in deren Position als Kollaborateure verwaltet und befinden sich in der gleichen Position wie die Verwaltung über die Personenstandsregister der juristischen PERSONen, eingetragen als geborene Reichsbürger 1934!

Folgender Text wurde übernommen, trifft den Kern der „Sache“ und ist sehr aufschlussreich.

Es läßt sich zwischenzeitlich mehr und mehr erkennen, daß die sogenannten „Behörden“ wach geworden sind und die sogenannten „Reichsbürger“ ernst nehmen.

Zur Information: die sogenannten „Reichsbürger“ sind erwiesenermaßen nichts anderes, als anständige Menschen, die das Unrechtssystem weitestgehend durchschaut haben und sich auf Grund dessen gegen das erkannte Unrecht zur Wehr setzen.

Das manifestiert sich darin, daß diese anständigen Menschen vollkommen zu Recht allerlei Zahlungen verweigern (verbotene InSich-Geschäfte), wie zum Beispiel Steuern, Strafge­lder, Bußgelder, Haushaltsabgabe („GEZ“) usw. usw., da für die Forderung dieser Gelder nicht eine einzige gültige Rechtsgrundlage besteht. Das ist aber noch nicht alles!

Es existiert auch nichts und niemand mit hoheitsrechtlichen Befugnissen im hiesigen Land, da kein Friedensvertrag geschlossen wurde und daher bis zur Sekunde ausschließlich die sogenannten „alliierten Siegermächte“ sämtliche Hoheitsrechte beanspruchen.

Der Beamtenstatus wurde von selbigen Mächten am achten Mai des Jahre 1945 ausgelöscht, da dieser mit hoheitsrechtlichen Befugnissen einherging, welche die Siegermächte, wie schon erwähnt, ausschließlich für sich beanspruchen.

BEHÖRDENGESINDEL UND SCHEINBEAMTE GEHEN GEGEN EIGENE LANDSLEUTE VOR

Die Menschen wehren sich also völlig zu Recht gegen scheinamtliche Terroristen, wie zum Beispiel sogenannte „Gerichtsvollzieher“ (Hauptkonkursvorantreiber!), sowie gegen Wortmarketräger der Firma „POLIZEI“ und sonstige Scheinbeamte.

Es stellte sich erwiesenermaßen heraus, daß hierzulande sämtliche sogenannten „Gerichte“, jedwede „Polizei“, sowie auch alles andere, eingetragene Firmen sind.

Auch stellte sich heraus, daß es sich bei alledem keineswegs um „Spinnerei“ von sogenannten „Reichsbürgern“ handelt, sondern um Fakten!

Tatsächlich ist es so, daß sogenannte „Richter“, „Gerichtsvollzieher“, „Polizisten“, sowie alle anderen Scheinbeamte keinen Beamtenausweis besitzen. Das wäre dann sowas hier:

BRD produziert täglich Reichsbürger in Kette!

17. Juli 2018



Eine Bestallungsurkunde kann ebenfalls niemand vorweisen, geschweige denn eine Tätigkeitsgenehmigung nach Militärgesetz Nummer 2, Artikel V .9 der alliierten Militärregierung.

All diese Leutchen wissen sehr genau, was sie nicht sind: Beamte.

All diese Leutchen wissen sehr genau, was sie nicht haben: Befugnisse.

Und all diese Leutchen wissen sehr genau, was sie dürfen: NICHTS!

Statt diese widerliche Farce, die hierzulande schon seit mehr als 70 Jahren läuft, nun endlich zu beenden, hält das scheinamtliche Gesindel fröhlich weiter am absoluten Unrecht und an der Ausplünderung der eigenen Landsleute fest.

Seit einiger Zeit werden die scheinamtlichen Nachfolgenazigehilfinnen und -gehilfen, wie auch kleine Verwaltungsangestellte im Umgang mit sogenannten „Reichsbürgern“ geschult.

Es gibt zum Beispiel die „Öffentlichkeitsarbeit“ des sogenannten „Verfassungsschutzes“, in trauter Zusammenarbeit mit den alteingesessenen Lügenmedien.

„Brandenburg erhöht Druck auf Reichsbürger-Umtriebe“.

„Mit breiter Information rechtsextremistische Phantasien ausbremsen“.

„Potsdam – Brandenburgs Verfassungsschutz ist mit mehreren Informationsveranstaltungen gegen zunehmende Aktivitäten sogenannter „Reichsbürger“ vorgegangen.“

Bei den der jeweils eintägigen Treffen in Oranienburg, Potsdam und Frankfurt (Oder) wurden Hintergrundinformationen zum Agieren selbsternannter „Reichsbürger“ und „Reichsregierungen“ vermittelt, sowie Hinweise zum konsequenten Umgang gegeben.

Daran nahmen rund 220 Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen und Polizisten teil.

Die Veranstaltungen wurden vom „Landkreis Potsdam-Mittelmark, der Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg sowie der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) durch fachkundige Referenten unterstützt.

Die Zahl der „Reichsbürger“-Aktivisten in Brandenburg wird auf etwa 100 geschätzt und wächst an.

Anmerkung d. Red.: Etwas weiter oben war gerade folgendes zu lesen; Zitat: ...Hintergrundinformationen zum Agieren selbsternannter „Reichsbürger“ ... Zitat Ende.

Wie jetzt: „selbsternannte Reichsbürger“???

Es ist bereits eine bodenlose Frechheit und Beleidigung, daß wissende, anständige Menschen als „Reichsbürger“ verunglimpft werden.

Diesen nun auch noch „Selbsternennung“ zum „Reichsbürger“ zu unterstellen, obwohl es das scheinamtliche Gesindel in Verbindung mit den Lügenmedien war, die diesen Begriff erfanden und ständig benutzten, ist wohl an Unverfrorenheit kaum noch zu toppen! Ender der redaktionellen Anmerkung.

BRD produziert täglich Reichsbürger in Kette!

17. Juli 2018

Einig in „kruder Vorstellung“ von fehlendem Staat

Die Leiterin des brandenburgischen sogenannten „Verfassungsschutzes“, Winfriede Schreiber, verweist darauf, daß „Reichsbürger“ eine „krude Vorstellung“ eint, die Bundesrepublik Deutschland existiere als Staat nicht.

Stattdessen hängen sie der Fiktion eines völkerrechtlich fortbestehenden „Deutschen Reiches“ in den Vorkriegsgrenzen nach.

Dahinter verbirgt sich zum großen Teil rechtsextremistischer Revisionismus.

„Reichsbürger“ wollen gezielt den Rechtsstaat in Frage und staatliches Handeln blockieren.

Mit breiter Information können diese Phantasten aber wirkungsvoll ausgebremst werden, so die Verfassungsschutzchefin.

Mit aggressivem Ton und Fantasiepapieren

Die Methoden von „Reichsbürgern“, „Reichsregierungen“ und anderen „Selbstverwaltern“ sind vielfältig.

So flattern auch in Brandenburg immer häufiger Schreiben von diesen den Mitarbeitern von Kommunalverwaltungen, Bürgermeistern, Schulleitern, Polizeidienststellen, Landtagsabgeordneten und vielen anderen auf den Tisch.

Darin werden amtliche Bescheide sowie Verwaltungsakte angezweifelt, Bußgeldzahlungen verweigert oder Strafbefehle negiert. [Korrekt, da strafbare InSich-Geschäfte, § 181 BGB]

Verwaltungsmitarbeitern wird im aggressiven Ton rechtswidriges Handeln vorgeworfen. Es kommt zu Beschimpfungen und Bedrohungen und auch Urteile selbsternannter Reichsgericht wurden schon zugestellt.

Anmerkung der Redaktion:

Das Blöde ist nun, daß die sogenannten und angeblich „selbsternannten Reichsbürger“ durchaus beweisen können (und auch x-fach bewiesen haben), daß sogenannte „Verwaltungsakte“ keine Gültigkeit besitzen (können), sowie Bußgeldforderungen und Strafbefehle widerrechtlich sind, da es sowohl an den Rechtsgrundlagen fehlt, als auch an hoheitsrechtlich befugten Organen.

All das wird von den Nachfolgenazis und deren willfähigen Schergen natürlich vollständig ignoriert. Leider begeht man weitere Volksverhetzung. Ender der redaktionellen Anmerkung.

Vergehen von „Reichsbürgern“ schnell und konsequent ahnden.

„Brandenburgs Verfassungsschutz warnt vor einer Unterschätzung derartiger Verwirraktionen, rät jedoch zur Gelassenheit.

In jedem Fall sollten die Absender aus dem „Reichsbürger-Lager“ spüren, daß Behörden und Verwaltungen vorbereitet sind.

Dazu gehört laut Schreiber beispielsweise, daß es sinnlos ist, mit „Reichsbürgern“ zu diskutieren, denn sie verfolgten das Ziel, Verwirrung zu stiften, um staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzulenken.

Bei Vergehen von „Reichsbürgern“ sollten staatliche Stellen schnell und konsequent handeln.

BRD produziert täglich Reichsbürger in Kette!

17. Juli 2018

Wenn ein „Reichsbürger“ beispielsweise Manipulationen am Kfz.-Kennzeichen vornimmt, sollte der Betreib des Fahrzeugs auf öffentlichen Straßen unverzüglich untersagt, das Kennzeichen eingezogen und zusätzlich die Einleitungen eines Verfahrens geprüft werden.

Beleidigungen, Bedrohungen und weitere strafrechtliche relevante Verhaltensweisen von „Reichsbürgern“ seien am besten unverzüglich den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen.

Dienstlicher Schriftwechsel mit „Reichsbürgern“ sollte auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt bleiben.

Insbesondere Widersprüche oder ähnliche Schriftsätze, in denen die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland angezweifelt wird, sollten schlicht als unbegründet zurückgewiesen werden.

Wenn jemand von „Reichsbürgern“ Material mit rechtsextremistischen Inhalten erhält, dann ist es wichtig, daß er dieses Material an uns als Verfassungsschutz weiterleitet, betont dessen Leiterin.

Es bleibt einem schlicht die Spucke weg, wenn man sowas liest. Das verlangt nach etwas Aufarbeitung:

„Es ist sinnlos, mit „Reichsbürgern“ zu diskutieren“.[und mit Kollaborateure]

Falsch! Es ist sinnlos, mit scheinamtlichen Schergen zu diskutieren, da das keinerlei Sinn oder Nutzen hat. Trotz offenkundiger Beweise werden Eingaben und Widersprüche von sich zu Recht beklagenden Menschen mit Sprüchen wie „unbegründet“ und/oder „krude Rechtsauffassung“ beantwortet.

„Behörden und Verwaltungen sind vorbereitet“.

Das glaubt man zumindest in sogenannten „Behörden“ und Verwaltungen, daß man vorbereitet sei.

Das ist allerdings ein Irrglaube, denn auf das, was da auf sogenannte „Behörden“ und Verwaltungen zurollt, kann sich nicht vorbereitet werden.

Das wird spätestens dann begriffen sein, wenn die „Behörden“ und Verwaltungen lichterloh brennen und die Schergen dieser widerwärtigen Einrichtungen in ihrem eigenen Blut ersaufen!

Das ist übrigens genau das, was von den zutiefst gelangweilten schlimmsten Schwerstverbrechern dieser Welt gewollt ist, daß sich eigene Landsleute gegenseitig den Schädel einschlagen.

Wir appellieren schon vor geraumer Zeit und x-fach an die Vernunft der Scheinbeamten, die in sogenannten „Behörden“ und Verwaltungen Ihrem unterbezahlten kriminellen Job nachgehen, um das aufrecht zu erhalten, was sie „Lebensstandard“ nennen.

Leider stießen solche Appelle stets auf taube Ohren und blinde Augen. Also werden die Scheinbeamten wohl die Erfahrung machen müssen, daß man vermeintlichen „Lebensstandard“ nicht genießen kann, wenn man am Galgen hin und her baumelt oder der Kopf nicht mehr da ist, wo er vorher mal war.

Leute wie Winfriede Schreiber, vom sogenannten „Verfassungsschutz“, sowie das ganz andere Nachfolgenazigesindel aus sogenannten „hohen Häusern“, stehen diesbezüglich ganz weit vorne in der Warteschlange.

Franz Kemmer